

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Der Abonnementssatz beträgt monatlich 4 Mark, vierteljährlich 12 Mark; durch die Post bezogen monatlich 5 Mark, vierteljährlich 15 Mark. — Fest- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schuby; Druck: H. Hanemann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, häflich Bochum, Wiemelshäuser Str. 38—42. Telefon-Rex. 88, 89 u. 98. Telegr. Abt.: Altverband Bochum.

Zu dichtem Wall schließt eure Reihen!

Im Dicke fährt der proletarische Dichter fort: „Da kann nicht Sorge und Not hinein.“ So können wir nicht fortfahren, denn auch das geschlossene und brüderliche Zusammensetzen kann nicht Sorge und Not von der Schwelle der Armen bannen, sondern nur das große Elend fernhalten.

Zu schwer lastet die Siegerfaust auf unserem Lande. Es ist kein Trost, daß wir uns sagen dürfen: Wir, die breiten Massen des Volkes, sind nicht schuldig am Krieg und an dem Elend, das er über die Völker gebracht hat. Ganz richtig ist dieser Einwand übrigens nicht. Die breiten Volksmassen sind nicht direkt schuldig an der Kriegsherrschaft und an anderen Elenden der herrschenden Klassen, die zum Kriege führten. Aber die Schulden haben auch die breiten Volksmassen in Deutschland, daß sie den Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus dem organisierten Teil des Proletariats überließen, der vor dem Kriege nicht stark genug war, der schicksals schweren Entwicklung zum Kriege Einhalt zu tun. Sie ließen es zu, daß das Volk wie eine Hammelherde regiert wurde, sie ließen eingebildete „Instrumente des Himmels“ nach Belieben, nach Fähigkeit oder Unmöglichkeit mit der Kriegsgefahr spielen, sie lichen sich den Herrn des Unternehmers auf den Händen sezen, flagnen und jammerten gottloben, statt trostig sich zu wöhnen.

Noch der Revolution erhoben sich auf einmal auch alle Leidigen, die vor dem Kriege uns hatten allein arbeiten lassen für die Befreiung der Arbeiterklasse von Not und Elend, von wirtschaftlichem und politischem Druck. Auf einmal begriffen sie den „Sinn der Revolution“ als „Lohnbewegung“, auf einmal entzündeten sie sich, wie wir vor dem Kriege ihnen konzentriert entzündet hatten, wie es bei vernünftiger Wirtschaftsordnung sein müßte und sein könnte. „Nun löst euren Wechsel ein, erfüllt euer Versprechen“, sagten sie uns und jubelten demjenigen zu, der das Maul an weiteren aufzu, ohne auf den Zustand der durch Feindesdiplomat gefeuerten Wirtschafts Rücksicht zu nehmen. Sie hielten die Einigkeit der Arbeiterklasse zu zerstören und uns dadurch die stärkste Waffe aus der Hand zuwinden. Die Notwürfe der gewerkschaftlichen Organisation blieb uns, sie wurde unter dem Strange der Umstände wichtiger und wirklicher als vorher, so daß wir mit ihr imstande waren, ein notdürftiges Existenzminimum der schaffenden Bevölkerung zu erhalten.

Aber zu dem gewerkschaftlichen Einfluß muß die politische Macht der Arbeiterklasse kommen, wenn nicht die Gesetzgebung hemmen und zerstören soll, was die Gewerkschaft erreichte. Wir haben in unserem Lande politisch die Demokratie, was wir aber nicht haben, was nur in kümmerlicher Ansicht vorhanden ist, das ist die soziale Auswirkung der Demokratie, das ist wirkliche Demokratie in unserer Wirtschaft. Die Ansprüche auch dazu sind gemacht durch Betriebsräte, Beträte und Delegierte in allen möglichen Wirtschaftsverbänden. Wer wer wollte sich verbehlen, daß diese Teilnahme und Kontrolle, vielfach nur Dekoration ist, daß sie wirklich einen Einfluß erlangt noch bekommen müssen, reicht doch auch unserem Verband noch klare Einsicht in die Kohlenwirtschaft, verweigert man doch auch uns noch Einsicht

in die Selbstostenberechnung der Unternehmer, in die Kohlenverteilung, kämpfen doch auch wir um die Kontrolle dieser und anderer wichtiger wirtschaftlicher Vorgänge.

Wir werden all dies Notwendige uns erkämpfen, aber nur, wenn wir stark und einig bleiben! Wenn jetzt eine bei der durchscharfen Geldentwertung notwendige Beitragserhöhung für den Verband mit Maßgebungen aufgenommen wird, wenn Beitragsabschüsse sich in der Union sammeln, deren revolutionärer Widerstand in sachhaftem Widerstreit zu ihrer Ambition steht, wenn unsere Namenreden widersprüchlos Gegner und Verbündete über unseren Verband kämpfen lassen, statt ihnen kräftig über's Maul zu fahren, so ist's gefehlt!

Nie hatten wir eine starke Organisation notwendiger als in der nächsten Zukunft! Nie waren unsere Frauen und Männer in größerer Sorge um das Lebenswohl, als in diesen Tagen wahnsinniger Geldentwertung und Preisstreberei. Wie lange entspricht die neue Lohnerhöhung den Verhältnissen? Kein Mensch vermag es zu sagen und jeden Tag rückt unser Verband bereit sein, gerüstet auf die Wohl und Wehe seiner Mitglieder, neue Forderungen zu erheben und durchzusetzen!

Wehe den Bergarbeitern, wenn sie lässig wären in Bezug auf die Erhaltung der Stärke und Schlagkraft ihres Verbandes!

Äußerlicher Kampf um Lohn und Arbeitserhalt ist Aufgabe unserer Organisation in normalen Zeiten, heute sind die Aufgaben weit umfassender; die Revolutionsverpflichtungen erfordern eine wirtschaftliche Lage in Deutschland, die Millionen armer Leute mit Hunger und Elend bedroht; Expansion und Wucher vergrößern dies Elend; Bedrohung der Gemeinwirtschaft tritt ihrer Forderung ist an der Tageordnung. Alles gilt der Kunst der Gewerkschaften, den sie zielbewußt und energisch führen müssen, mögen unsere Gegner auch noch so sehr über „Rebellenregierung“ der Gewerkschaften schreien!

Aber nur in dem Maße kann unser Verband solchen Angriffen widerstehen, in dem keine Mitglieder für die Stärke ihrer Organisation sorgen. Wir brauchen die Mitarbeit aller: Jedes Verbandsmitglied muß seine Zeitung lesen und mit dem darin gebotenen Material agitieren, den Frauen darf unser Blatt kein Unbekannter sein, die Funktionäre, auf denen die Hauptverantwortung für Überleben und Gedächtnis unserer Organisation ruht, müssen in ihrer Arbeit getragen sein von dem Heute der Regierung, das unseren Verband stark geschwächt hat.

Auch die neue Entscheidung in Paris hat nur einen kargen Aufschub, keine Lösung des Reparationsproblems, keine endgültige Erleichterung für Deutschland gebracht. Wie sich dieser Umstand auswirken wird, ist heute noch nicht zu sagen, aber leichter wird das Leben für die Armen nicht, die Erneuerung wird sich noch weiter auswirken, und deshalb ist fester Zusammenhalt aller Schaffenden Gebot der Selbstverhütung. Und deshalb:

Zu dichtem Wall schließt eure Reihen!

Was können die Gewerkschaften zur Bekämpfung der Teuerung tun?

Im Nachrichtendienst des ADGB nimmt Kollege Knoll-Berlin zu dieser Frage Stellung. Seine Ausführungen sind ein neuer Beweis dafür, daß die Arbeit der Gewerkschaften sich heute nicht mehr allein auf das rein wirtschaftliche Gebiet beschränkt, sondern schärfer in das Gebiet der Politik und Gesetzgebung hinausgreift, muß, soll die Existenz der breiten arbeitenden Massen einzermachen garantieren. Knoll bezeichnet als Ursache der Teuerung zunächst die Reparationspolitik, dann die stetig zunehmende Raubbauität unserer Handels- und Zahlungsflaute (stärkere Einfuhr als Ausfuhr) und zuletzt das schwundende Vertrauen zur deutschen Mark mit der Flucht vor dieser Mark im In- und Auslande.

Auf die erste Ursache vermögen weder Gewerkschaften noch Regierung einen unmittelbaren Einfluß auszuüben. Die Reparationspolitik ist die Grundursache des deutschen Elends und solange diese Politik weiter betrieben wird, kann von einer wirklichen Befriedung der deutschen Wirtschaft nicht die Rede sein. Natürlich wird das, möchten wir hinzufügen, die Gewerkschaften nicht ablehnen, durch intensiv internationale Arbeit auf die Aenderung dieser Reparationspolitik zu dringen.

Die Possibilität unserer Handelsflaute hat verschiedene Gründe. Der erste ist die durch den Friedensvertrag erfolgte gewaltsame Abtrennung wichtiger Rohstoffslände, der zweite der Rückgang unserer Produktion. Den ersten Grund können wir einschätzen nicht bestimmen. Beim zweiten sind die Gewerkschaften an ihrem Tell bestellt, die Produktion steigen zu lassen. Knoll meint deshalb: „Das einzige Mittel, das nicht nur einen Erfolg verspricht, sondern bestimmt verspricht, ist: Steigerung der Produktion.“

Wir möchten noch hinzufügen: Nach Steigerung der Produktion müssen auch alle Kapitalisten und ihre gesamte Freude. Sie machen aber nichts die wirklich oder nach ihrer Behauptung gesunkenen Arbeitsleistung der Arbeiterschaft für den Produktionsausfall verantwortlich. Wie unsere Kameraden speziell aus dem Bergbau wissen, trifft die Behauptung von dem Rückgang der Arbeitsleistung in sehr vielen Fällen gar nicht mehr zu. Tatsache ist aber, daß von der Unternehmensseite längst nicht alles zur Verbesserung der Produktion geschieht, was möglich wäre. Wenn eine Menge Unternehmer es noch immer nicht gelernt haben, die Betriebsräte als ein wichtiges Glied in der Wirtschaft anzusehen und dementsprechend mit ihnen zu arbeiten, so iragen sie durch diese Methode nicht zur Förderung der Produktion bei. Wenn man den Arbeitnehmerorganisationen, wie unserem Verband, eine klare Einsicht in die Lage der Industrie nicht gestattet, dann muß auch dies dazu beitragen, die gewünschte Steigerung der Produktion zu hemmen.

Die Flucht vor der Mark findet Knoll ganz verständlich, weil mit der fortwährenden Entwertung der Mark das ständige Auf- und Abwanken des notwendigen Produktions- und Betriebskapitals in die Hand geht. Knoll meint aber trotzdem mit Recht, daß das Unternehmen von Industriern, das innerlich die Wirkung weiter verschärft, aufzuhören müsse. Ebenso müsse verhindert werden, daß

rein inländische Geschäfte in fremden Zahlungsmitteln abgeschlossen werden. Nur derjenige, der notwendig fremde Zahlungsmittel für Auslandsgeschäfte braucht, darf zur Beschaffung derselben zugelassen werden. Deshalb muß der In- und Verkauf von Devisen im Innern unter allen Umständen unter die strenge Kontrolle der Regierung kommen. Alle entbehrlichen Devisengeschäfte müssen verboten, alle Spezialfunktionen beschädigt werden. Mit Recht weiß aber Knoll auch darauf hin, daß diese Maßnahmen zwar notwendig sind, daß man aber keinen Erfolg von ihnen nicht erhoffen darf, weil niemand schwerer zu fassen ist als der Devisenbeschicker. Aber auch durch weitgehende Einschränkung der Einfuhr muß der Verbrauch von Devisen herabgedrückt werden. Die Einführung von Zugangszeugnissen jeder Art muß verboten oder diese Erzeugnisse mit ganz hohen Höllen belegt werden, sonst dem die Bestimmungen des Friedensvertrages nicht entsprechen. Eine weitere Erhöhung der Ausfuhrabgaben muß schließlich erfolgen. Die Regierung hat sich zwar zur Verbesserung der geltenden Säge entschlossen, diese genügen aber bei der rasenden Entwertung der Mark nicht. Erhöht man die Ausfuhrabgaben nicht entsprechend, so bedeutet das neue ungeheure Gewinne für die deutsche Exportindustrie, worauf sie bei der Not des Volkes nicht den mindesten Anspruch hat. Knoll fordert weiter die Aufzehrung einer inneren Goldanleihe und die Erfassung der Sachwerte. Wie notwendig die Erfüllung dieser Forderungen ist, leuchtet ohne weiteres ein, wenn man daran denkt, daß die letzte Swangansammlung ursprünglich 1 Milliarde Goldmark betragen sollte. Stattdessen wurde der Betrag auf 70 Milliarden Goldmark festgesetzt. Deshalb die Devisenwertverluste ungeheure Fortschritte gemacht hat, bedenkt diese 70 Milliarden feste nur einen ganz kleinen Teil des damaligen Wertes und verdienen kaum noch den Namen einer Swangansammlung. Es ist allerdings die Frage, ob eine innere Goldanleihe und die Erfassung der Sachwerte erfolgsversprechend ist, solange wir nicht die Garantie haben, daß solche innerpolitischen Maßnahmen zu einer Befriedung unserer Finanzwirtschaft nicht durch neue Reparationsabkommen kaput gemacht werden können.

Auch die Steigerung unserer Währung kann aus demselben Grunde erst durchgeführt werden, wenn die außenpolitische Lage geklärt ist. Ebenso verhält es sich mit der für Deutschland notwendigen Auslandsanleihe, deren Schluß ebenfalls von der Entwicklung der außenpolitischen Lage abhängig ist.

Zur Wiedereinführung der Swangansammlung. Es setzt gar nicht aus, wenn Knoll in dekadendem Sinne Stellung. Es setzt gar nicht aus, wenn sie die Verhältnisse gestalten würden, wenn sie unter dem Geiste einer ökonomischen Warenknappheit die Gesetze des freien Wettbewerbs weiterhin ungebremst auswirken könnten. Wir brauchen, sagt Knoll, die Swangansammlung zweitens für die Erzeugnisse des Landwirtschafts, wir brauchen unbedingt sofort die öffentliche Wirtschaftsförderung des Zuckers, schärfste Ausführung des bestehenden Judenabfuhrverbotes und ein Verbot der Verwendung von Zucker für Herstellung von Süßigkeiten, Oliven, Sonnenblumenöl, Rosinen usw. Ferner ein Verbot der Verwendung von Getreide, Kartoffeln, Reis, Mais usw. zur Herstellung von Erbsenbrot und ein Verbot der Herstellung von saarem Bier. Weiter fordert er Erfassung der Milch und Milchprodukte lediglich für die Zwecke der Volksernährung, schwere Ausmühlung des Brotpreises, Sicherstellung der Versorgung mit Fleischessen. In bezug

auf die Vereinsfahrt der Gewerkschaften in Wirtschaften und Hotels sowie auf den Ausland, der in den Kurusvergnügungsstätten und Schlemmestafeln gerichtet wird, weist Knoll den Ortsausschüssen unserer Gewerkschaften die Aufgabe zu, hier Hand in Hand mit den Gemeinden zu den schärfsten Maßnahmen zu greifen. Ebenso sei es die Aufgabe, die Unterstützung der Gewerkschaften zu leisten. Die staatliche Unterstützung reiche hier in keiner Weise aus. Aber auf diese allein sollte man sich auch nicht verlassen, sondern Landesregierungen, Gemeinden und Arbeiterorganisationen sollten neue Wege suchen, um hier die furchtbare Not zu lindern.

Knoll nimmt auch entschieden Stellung gegen das Verlangen gewisser Handelskreise, die Verkaufspreise nicht mehr nach den Geschäftsnormen, sondern nach den zur Zeit des Verkaufs bestimmten Einkaufspreisen für neue Waren berechnen zu dürfen. Er hält ein streites Verbot dieses schon viel zu sehr eingerissene Unfug für erforderlich, weil bei dieser Methode nicht nur die enormen Kosten der Geldentwertung restlos auf die Verbraucher abgewälzt werden, sondern auch die Dinge heute schon so gestaltet haben, daß die Verbraucher für diese Einführung keinen Nutzen mehr ziehen müssen. Entschieden Stellung genommen werden muß gegen die Parole: Nicht Produktionspreis, sondern Reproduktionspreis. Wenn man die Befürworter dieser Methoden darauf hinweist, daß dann auch Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten ebenso entsprechend der Teuerung steigen müßten, so wollen diese eben nichts wissen.

Zum Schluss fordert Knoll härteste Maßnahmen gegen den Bucher, Bräuer, Fleischer usw. von verdeckten Verbrechern usw. Knoll gibt mit seinen Ausführungen nichts neues. Die Gewerkschaften haben in dieser Richtung in ihren Verordnungen mit der Regierung alles getan, was sie einzutreten tun können. Was die Regierung darauf angeordnet hat, genügt bei durchaus nicht, so daß die Gewerkschaften in dieser Beziehung energisch weiter drängen müssen. Sie können das natürlich um so besser, je intensiver sich die organisierte Arbeiterschaft mit diesen Fragen beschäftigt und so auch interessiert durch die Arbeit der Kreisaußenstellen usw. Gemeindeverwaltungen und Polizei voraus treiben.

Die Angst vor der achten Stunde.

Wenn die Bergarbeiter angüscht der drohenden Katastrophen in der deutschen Kohlenversorgung sich zu zeitweiser Ueberarbeit entschließen, müssen sie die Sicherheit haben, daß solche zeitweise Ueberarbeit nicht zu dauernder Schichtverlängerung führt. Wir halten diese Sicherheit bei den neuen Abkommen für gegeben, solange die Bergleute ihre Organisation stark und schlagkräftig erhalten. Das Ueberarbeitsabkommen ist nicht auf eine Reihe von Monaten abgeschlossen, sondern kann jeden Monat gekündigt, ja jeden Tag gekündigt werden, weil die Organisation es in der Hand haben will, bei veränderter Wirtschaftslage jederzeit eine andere Regelung verlangen zu können. Einmaligkeit besteht auch bei den Verhandlungen darüber, daß Dezember und Januar überwiegend frei bleiben sollen.

Dem Grundlos der nur vorübergehenden Arbeitszeitverlängerung ist also Rechnung getragen. Gegen die Vereinbarung der achten Stunde als Ueberarbeit haben für die Vertreter unseres Verbandes entsprechend dem Willen der Mitgliedschaft entschieden gewehrt, wenn die technischen und gesundheitlichen Vorteile einer solchen Regelung gegenüber Dienst- oder Schichtarbeiten auch nicht verkannt werden können. Das Abkommen lautet deshalb auch auf dreimal zwei Stunden. § 2 bestimmt: „Aus besondren Gründen kann durch Vereinbarung zwischen Betriebsverwaltung und Betriebsvertretungen die in § 1 vor gesehene Ueberarbeit in einer abweichenden Art auf die Wochenstage verteilt werden.“

Diese Ausnahme stimmen die Vertreter unseres Verbandes zu, weil bei den Randzeiten, bei den Gruben, wegen ungünstiger Fahrtzeit der Eisenbahngleise usw. eine solche Ausnahme berechtigt sein kann. Auf keinen Fall gibt diese Bestimmung den Unternehmern ein Recht, anstelle der dreimal zwei Stunden die achte Stunde zu verlangen. Es bleibt der Betriebsverwaltung unbekommen, mit einem solchen Verlangen an den Betriebsherren heranzutreten, lehnt dieser die achte Stunde ab, so haben sich die Unternehmer genau so gut an den Vorstand des Vertrages zu halten, wie man das von uns verlangt.

Wo man aber auch aus besondren Gründen zur Vereinbarung der achten Stunde kommt, ist die Angst, daß aus dieser Regelung die bauende achtstündige Schicht werden könnte, unbegrenzt, solange die Bergleute selbst ihre Organisation nicht ohnmächtig machen! Sollten wir natürlich keine starke Organisation mehr, dann würden die Unternehmer auf Verträge und Gesetze verzichten und nach ihrem Interesse bestimmen. Das Gesetz zur Sicherung der Arbeitszeit im Bergbau vom 2. Juni 1922 legt die tägliche Arbeitszeit, im Bergbau die siebenstündige, als regelmäßige Arbeitszeit fest und nur tarifisch, also nur mit Zustimmung der Arbeiterschaften, könnte etwas anderes vereinbart werden. Das unter Vertrag nie seine Zustimmung zu einer dauernden Schichtverlängerung geben wird, ist selbstverständlich. Diejenigen, die Angst haben vor dauernder Verlängerung der Arbeitszeit, scheinen uns wenig Vertrauen zur Kraft der Organisation zu haben. Sie sollten sich wie wir auf den Standpunkt stellen: Halten die Organisation hoch, dublet keine Fahnenflucht und Drückerbergerei und dann wollen wir sehen, wie gegen den Willen der Bergleute ihnen dauernd die Schicht verlängert!

Das Gesetz selbst hat folgenden Wortlaut:

S. 1.

In Betrieben ist die Schichtzeit für den einzelnen unter Tage beschäftigten Arbeiter vom Betriebe des Förderbetriebes oder Stollenmundlochs bei der Einfahrt bis zum Verlassen des Förderbetriebes oder Stollenmundlochs bei der Ausfahrt zu berechnen.

S. 2.

Als regelmäßige tägliche Arbeitszeit im Sinne der allgemeinen Tarifvereinbarungen gilt die Schichtzeit (§ 1), die sich aus den am 1. Oktober 1921 geltenden Tarifverträgen ergibt.

Für Betriebe, die am 1. Oktober 1921 noch nicht bestanden haben, gilt diejenige regelmäßige Arbeitszeit, die in demselben Bergbaudatums für Betriebe der gleichen Bergbauart maßgebend ist. Sind Betriebe der gleichen Bergbauart in dem Bergbaudatum nicht vorhanden, oder liegt ein heraltiger Betrieb nicht in einem geschlossenen Bergbaubereich, so gilt die für die Mehrzahl der Betriebe der gleichen Bergbauart maßgebende regelmäßige tägliche Arbeitszeit.

Wer für einen Betrieb am 1. Oktober 1921 die Arbeitszeit nicht tarifvertraglich geregelt, so gilt als regelmäßige tägliche Arbeitszeit die zu diesem Zeitpunkt in dem Betriebe in Nutzung gewesene Schichtzeit.

S. 3.

Durch allgemein verbindliche Tarifverträge können Vereinbarungen über die Vorschriften des § 2 hinaus vereinbart werden. Ist ein Antrag auf Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeit eines solchen Tarifvertrages gestellt, so kann die zur Entscheidung aufstellende Stelle auf Antrag eines der am Tarifverträge beteiligten Betriebe bis zur Entscheidung über die allgemeine Verbindlichkeit die tariflich vereinbarte Arbeitszeit für den Geltungsbereich des Tarifvertrages zulassen.

S. 4.

Für Betriebspunkte mit einer Wärme über 28 Grad Celsius ist der Tarifvertrag eine Verkürzung der Arbeitszeit zu verneinen. Kommt eine derartige Vereinbarung nicht zustande, so ordnet die nach Betriebsrecht zuständige Bergbehörde nach Anhörung der beteiligten

heimgesuchende und Arbeitnehmerhärde die Verkürzungen an. Weitergehende Bergarbeiterhärde bleibt unverhindert.

Sobald nicht dieses Geschäft etwas anderes bestimmt, finden die allgemeinen Vorrichtungen über die Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben Anwendung.

Oberbayerische Bergmannswohnungen.

In der bayerischen Hochorene am Fuß der Alpen zieht sich von Ost nach Westen ein Steinholzvorkommen hin, dessen Umfang, Höhe und Lagerungsverhältnisse ihm fast nur eine untergeordnete Rolle in der deutschen Kohlenwirtschaft zuteilt. Immerhin ist in der Gegend des Kohlennosels das, was hier als Brennmaterial gewonnen wird, höchst willkommen und wird als Ergänzung der knappen Ressourcen noch begrüßt; deshalb hat man auch hier auf Bergschichtvermehrung gedrungen und deshalb sind die Bestimmungen des Reichsbahndienstfonds vom 21. August 1920, die den Bau von Bergmannswohnungen in die Wege leiteten, auch auf diesen Bezirk ausgedehnt worden. Dazu wurde im Mai 1920 ein partikulärer Ausschuss eingesetzt, der am 10. Juni sich als Bayerische Bergmannswohnungskommission m. A. S. in München konstituierte. Ihr Arbeitsbereich sollte sich über ganz Bayern erstrecken, also außer der Steinholz noch zwei größere Braunkohlenvorkommen, Schönborn (Oberfranken) und Tritten (Unterfranken) umfassen. Bei Ausnahme ihrer Arbeit stand sie eigenartige Verhältnisse vor: die Wohnungen sollten keine Arbeit bereits zur Gründung von Siedlungsgenossenschaften veranlassen, die unter Führung des bayerischen Ministeriums für Sozialministeriums; sie waren am Ende ihrer Kraft, und die Treuhändsstelle, die mit einem Jähraufwand von 6 Millionen Mark für 1920 rechnete, war in der Anfangslage, sie übernehmen und vollenden zu müssen, was noch und nach 15 Millionen Mark erfordert hat. Das wurde nur möglich durch einen Reichsdörschutz von 5 Millionen und einen Kredit des bayerischen Staates in Höhe von 20 Millionen. Das Unangenehme an dieser Sache war aber, daß nun zunächst an eigene Arbeit nicht geklebt werden konnte, sondern man an das Begegnen gebunden war. Die in der Ausführung begriffenen Häuser, deren Pläne das Sozialministerium genehmigt hatte, waren aber vielfach Mehrfamilienhäuser, also Zonen, die in ländlicher Gegend durchaus ungewöhnlich sind, ja es findet sich sogar in Bergbau noch in zwei Exemplaren das Haus mit dem sogenannten Kreuzgrundriss. Das ist ein Haus, aus vier Einfamilienhäusern bestehend, die so aneinandergeleget sind, daß die gemeinschaftlichen Mauern, an der immer je zwei Wohnungen liegen, im Grundriss die Form eines Kreuzes aufweisen und im Mittelpunkt des Hauses alle vier Wohnungen zusammenstoßen. Das hat zur Folge, daß zwei Wohnungen nach Norden liegen müssen und keine befürwortet, also dauernd kalt und ungenutzt sind. Außerdem macht die Durchflutung Schwierigkeiten, kurz, diese Hausform wird, obwohl sie in der Ausführung billig ist, von erfahrenen Architekten möglichst vermieden.

Unter den ersten Baugenossenschaften hat es aber auch solche gegeben, die auf das Eigentum Wert legten und deren Genossen, um es zu erschwinglichem Preise zu erhalten, selbst mit Hand anlegten. In diesen Fällen hat die Bayerische Treuhändsstelle nun mit großem Erfolg eingegriffen und ist so wohl die einzige der verschiedenen Bergmannswohnungstreuhändstellen geworden, in der von der sogenannten Selbsthilfe, die Mitteilung des Sieblers am Bau, in erheblicher Umfang Gebrauch gemacht wurde. Allerdings nur, insoweit keine besondere Fachausbildung notwendig war. Die Siebler haben alle Erbarten, wie Aussehen des Zellers, Planierung der Stufen, innerer das Abhauen der Baustoffe, in ihren Freikunden ausgeführt, wodurch besonders im ersten Jahre (1920) nicht unbedeutliche Erfolge erzielt wurden. Nach dem von der Bayerischen Treuhändsstelle über das Jahr 1920 erstellten Jahresbericht haben sich die Beiträge, d. h. die unterzinslichen Zuschüsse zu einer Höhe zwischen 25 000 und 35 000 M. belegt. Der Jahresbericht für 1921/22 bestätigt die Richtigkeit im Durchschnitt auf 30 000 M. Außerdem hat die Gesamtbelastung der Treuhändsstelle mit ganz besonderer Vorliebe sich mit einzelnen Sieблern abgegeben, sich, soweit es ging, nach deren Wünschen bezüglich der Wohnungsanlage gerichtet und ihre Kräfte mit in die Arbeit eingespannt.

Beim Durchwandern der neuen Siedlungen fällt mehrfach das Versehen auf, daß in der Hausform und Ausgestaltung dem Charakter der Gegend und der alten Bergbauregionen angepaßt. Schweißbäuerchen mit müßig ausladendem Dach, das gegen die aus den Bergen kommenden Winde einen Schutz bietet, kommen mehrfach vor. Seitenfach auf den sauber gestrichenen Fensterblenden ein Blumenkorb oder ein Blumenstrauß oder ein anderes Motiv, das der böhmischem Künstler an ganzen Hause mit kleinen Abänderungen wiederholt. Sichere die Häusern nun noch, wie in Südtirol und Saarland, in besondere freundlicher Gegend in den Vorküren der Alpen, so muß man angeben, daß hier die Architekten alles getan haben, um ein schiedigendes Ergebnis der Siedlungsarbeit zu erzielen. Und diese Siedlungen, in Schliersee, Hausham und Martenstein, sind es gerades, die von der Bayerischen Bergmannswohnungstrust in eigener Regie nach Entwürfen ihres leitenden Architekten Weber ausgestaltet worden sind.

Es wird in ganzen Reihen mehr die Bergmannswohnungen geben können, welche nur in bezug auf Einstellung in das Naturbild so dorthin und dorthin dargestellt. Angesichts der erhabenen Bergwelt und des lieblichen Schliersees liegen die Siedlungen Schliersee und Hausham. Von kann sich von Herzen mit den Menschen freuen, die in dieser Naturähnlichkeit nach der Freiheit in der Grube anstreben können. So liegt der Jahresbericht 1921/22 mit einem gewissen Stolz und man wird ihn begeistern können.

Schliersee zeigt uns seiden schwere Doppelhäuser mit einem gebrauchten Stiel, die etwas außerhalb der Ortschaft liegen. Das letzte Haus ist bereits ins Moor geraten, das in Oberbayern recht ausgedehnt vorkommt, und hat eine tiefe Stahlrohrgrubung nötig gemacht. In den Giedelsteinen hat jedes Haus unter dem weit vorspringenden Dach einen Ausbau, der für den Sommer einen schönen Rückplatz gewährt. Der Zugang erfolgt durch eine der im Dachgeschoß liegenden Schlaftümern. Hausham, nur eine kurze Wegstrecke von Schliersee

Gegen die Gemeinde.

Unter der Gemeinde liegen
Gute Seelen, jahrelang.
Gegen die Gemeinde tritt
Süßer Herzen Mut und Bravour.

Aber die Gemeinde segnet
Und der hohe Gott erblich.
Und an die Gemeinde schmiegt
Gottseligkeit selbst und siekt sich.

Zimmer auch der große Anteil,
Große Gemeinde sieht im Glanz
Und ist immer auch im Rest.

Giebt du darüber ihr entgegen.
Du schlägt dich gehornt in.
Die Gemeinde, sie ist dich nieher,
Und sie segnet, segnet immer wieder.
Was sie dir führt verträgt.

— Hermann Ziegler

Wie lange reichen die Energievorräte der Erde?

Der berühmte Gelehrte Eduard Suess, der sich strengend mit den Energievorräten der Welt beschäftigt hat, sieht ähnlich ein ziemlich pessimistisches Urteil über die Energievorräte, die unserer Erde zur Verfügung stehen. Die heimliche Art in den sozialistischen Parteien bestreitet, ging er von den Zusammenhängen der einzelnen Energiequellen mit der Sonnenenergie aus. Bei diesen Ausführungen ist natürlich mit ungeahnten Zahlen zu rechnen, und Suess nimmt eine Größe von einer Billion Kalorien. Von dieser Größe kann man sich folgerichtig eine Vorstellung machen: Eine Kalorie ist diejenige Wärmemenge, die aufgewandt werden muss, um 1 Liter Wasser um 1 Grad des 100fachen Thermometers zu erwärmen. Eine Billion Kalorien ist natürlich, bei einer Flächeneinheit von 1 Kilometer Länge, 1 Kilometer Breite und 1 Kilometer Höhe um 1 Grad zu erwärmen. Unter Angabe der Leistung dieser Zahl als Einheitsmaß nimmt Suess die Wärmeabgabe der Erde mit 3 Trillionen Wattjahren an. Daß der Gesamtumsatz der Erde mit 3 Trillionen Wattjahren gerechnet wird, kann man leicht auf der Erdoberfläche zur Rettung.

fernen, hat 32 Häuser mit 64 Wohnungen erhalten. Hier ist meist eine Wohnung im Erdgeschoss und eine im Obergeschoss. Beide zusammen haben 90qm Wohnfläche. Bei sehr großer Dörferzahl darf das ganze Haus von einer Familie bewohnt werden. Das Bevölkerungsmerkmal ist hier eine Dorfmutter, die Wohnumgebung ist die Wohnumgebung. Erst nach Bevölkerungszahl stellt es sich heraus, daß die Gemeinde nicht über genügend Wasser verfügt, um 30 neue Häuser mit zu versorgen, und da Böhrungen nach Grundwasser erfolglos blieben, so mußte man noch Quellen im Gebirge suchen. Die Bauten, die dort schon ihr Wasser herholten, waren, wie das bei anderen Bauten auch vorkommen soll, doppelt, wollten ihre Zeitung zunächst überhaupt nicht benutzen lassen und stellten dann so hohe Forderungen, daß man auf sie nicht eingehen konnte. So mußte die Treuhändsstelle sich nach anderen Quellen umsehen und fand sie. Sechs Quellen wurden im Gebirge erfaßt, die oberste 200 Meter höher gelegen als die Siedlung. Mit 240 Meter Rohrlänge in drei Stufen wird das Wasser heruntergeführt. Die Sandsteinterrasse hat zu der neuen Anlage Zuflüsse geleistet. Das Wasser ist nun so reichlich, daß der stärkere Bevölkerung des Dorfes auch davon abgezogen werden kann, so daß sich vielleicht noch einmal die Anlage rentiert.

In dem Rosenstädtischen Penzberg hat es die Treuhändsstelle, abgesehen von 15 Einzelgebäuden, mit zwei Genossenschaften zu tun gehabt, dem gemeinnützigen Bauverein, der den freien Gewerbeschichten gehört. Die Häuser für Bauverein, lauter Mehrfamilienhäuser, sind noch eine Erbschaft aus den Zeiten vor der Treuhändsstelle, sie sind noch unter der Leitung des Sozialministeriums entstanden und begonnen. Hier herrscht der Grundbesitz des genossenschaftlichen Eigentums, wie das bei Mehrfamilienhäusern auch schief anders sein kann. In der Genossenschaft hingegen überwiegt das Zweifamilienhaus, und diese Häuser geben auch in den Besitz von Genossen über mit der Anlage, daß die eine Wohnung an einen anderen Genossen vermietet werden muß.

Diese Zweiteilung der Siedlungsbewegung findet sich außer in Bergbau auch in Hohenpeißenberg und in Peißenberg. Nur liegt z. B. in Hohenpeißenberg umgekehrt; dort ist es die der christlichen Gewerbeschicht nahestehende Baugenossenschaft "Pfarrischer Ring", die in beruflicher Lage auf halber Höhe des Pfarrberges mit weitem Blick ins Land sich ihre Eingehäuser im Schwellenhausstil errichtet hat, die Eigentümer werden, meist allerdings mit einem Untermieter, während die Siedlungsgenossenschaft Hohenpeißenberg die Mehrfamilienhäuser besorgt. Das gleiche Verhältnis ist in Peißenberg, wo die Baugenossenschaft in der Annahme baldiger städtischer Entwicklung lautet. Zweifamilienbungalows ohne Stall, mit gemeinschaftlicher Waschküche im Keller ausgereicht hat.

Nicht selten wird deshalb hier in den Kreisen der Stehler und Genossen die Frage erörtert, ob das genossenschaftliche oder das Privat-eigentum an den Siedlungshäusern die höhere Form des Eigentums überdauert sei und in diesen Diskussionen taucht mitunter auch der sozialistische Gedanke auf, daß das Privat-eigentum zu vertreiben sei. Demgegenüber muß es immer wieder ins rechte Licht gerückt werden, daß der Sozialismus das Privat-eigentum nur bei den Produktionsaltern bekämpft, doch es sich beim Wohnhaus aber um ein Gut des Konsums handelt. Hier entscheidet also nicht prunksüchtige, sondern praktische Erwägungen. Eine wurde schon angekündigt: Mehrfamilienhäuser sind besser aufgehoben im Genossenschaftsbereich; die Genossenschaft muß dann durch das in ihr lebende Gemeinschaftsgefühl die einzelnen Genossen so beeinflussen, daß sie den Genossenschaftsbereich genau so pfleglich und liebevoll behandeln, als ob es ihr Eigentum wäre. Das Einfamilienhaus geht — das ist alle Erfahrung — am besten in der Pflege des Besitzers, wenn er es bewohnt; und in normalen Zeiten nicht, rein wirtschaftlich betrachtet, die barbare alte Sparfrage und Altersversorgung dar. Solange der Mensch im Besitz seiner Arbeitskraft ist, muß die Hypothek getilgt und der Garten kultiviert werden. Dann kann man im Alter die fast freie Wohnung und den verschämungslosen kleinen Garten ertrag.

Aber nicht jedem ist damit zufrieden, weil nicht jeder gerade da, wo er lohnende Arbeit gefunden hat, seine Tage beenden will, auch die Konjunktur mancher wieder zur Abwanderung zwinge. Deshalb werden die verschiedenen Häus- und Eigentumsarten nebeneinander immer ihr Recht behalten.

Alfred Thumm.

Zum Grubenunglüx auf der Stinnesgrube.

Zu dem Grubenbrand auf dem Stinneschacht vereinigte Melheim ist noch folgendes nachzuholen: Gegen Mittwoch zum 25. August entdeckten Bergarbeiter einen Brand in der Stromstollen eines Blindschachtes. Auf ihre Meldung hin versuchten zwei Beamte der Zechenvereinigung Melheim, mit Rettungsgeräten ausgerüstet, zum Grubenbrand vorzudringen. Sie erstickten in den Brandgasen. Ausgenommen die Brandursache folgte die Frage der Rettung der Arbeiter. Rettungsgeräte — zwei Proben, die einer späteren Rettung vorbehalten werden sollen —, dienten der Brand und die zwei behauernswerten Lebewesen bisher weiteres Interesse nicht beanspruchen. Andernfalls hätte es mit den Tatsachen, die sich nun weiter abschildern.

Der Vorterschlag der Zechenvereinigung Melheim bestreitet auch ein

Recht der Schmelzerei Montas Stinnes I-II (leichterer Schacht)

nicht, wie wir irttümlich in der letzten Nummer des "Bergerb.-Ztg." berichteten, Aufzugschacht für Melheim). Als der Betriebsführer von Montas Stinnes I-II von dem Brand auf Melheim hörte, fuhr er gegen Morgen mit einem höheren Beamten ein, nahm noch einen Arbeiter mit und drang in das von den Brantzen geführte Rettungsgerüst ein, um zwei dort beschäftigte feine jungen Arbeiter herauszuholen. Letztlich waren die zwei Arbeiter dort nicht beschäftigt! Während der höhere Beamte zurückblieb, ging der Betriebsführer mit dem Arbeiter ohne Rettungsgeräte in das Rettungsgerüst. Als er die Gefahr merkte, war es ihm als Bergmann klar, daß ein Rückweg den Tod bedeutete. Er riss den Hahn einer Auffüllung auf, um, von der Druckluft lebend, mit dem Schlepper die Rettungsgeräte zu erneuern. Der Schlepper hörte jedoch nicht auf seine eindringliche Warnung und trat den Rückweg an. Auf dem Rückweg tööteten ihn die giftigen Rauchschichten. Nach ihnen kamen zwei weitere Beamte der Zechen mit Rettungsgeräten in das Rettungsgerüst herein. Von diesen beiden blieb einer tot auf der Strecke, der andere konnte sich noch zurückziehen. Später erschien

der Rettungsleiter Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (Beamten), ausgerüstet mit Rettungsgeräten, ging er in das bedrohte Rettungsgerüst hinein. Es kostet die Rettungsgeräte Middendorf von der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im rheinisch-westfälischen Kreisbezirk. Mit einer Kolonne von fünf Mann (

Verteidigung des amerikanischen Bergarbeiterstreiks.

Der große amerikanische Bergarbeiterstreik, welcher unter den ungünstigsten Umständen für die Arbeiterschaft seinen Anfang nahm, hat mit einem bedeutenden Sieg derselben sein Ende erreicht, der auf die ganze industrielle Lage in den Vereinigten Staaten eine große Wirkung ausüben dürfte. Vor beinahe fünf Monaten haben die Bergbaugesellschaften ihre Gruben gesperrt und vertriebenen die Verhandlungen mit den Organisationen der Bergleute, auch wollten die alten Tarifverträge, die Ende März abfielen, nicht erneuern, sondern in einzelnen Arbeitsverträgen die Löhne wesentlich herabsetzen. Jetzt haben die Gesellschaften die Bergarbeiter unter den alten Bedingungen, die bis Ende März 1923 aufrecht erhalten werden, wiedereröffnet. Im Oktober soll eine Wohlbefindungs-Kommission zusammentreten und mit der Teilnahme der Regierung seine Kommission zur Untersuchung der Produktion und Entwicklungsmöglichkeiten und Projekte. Dies waren die Forderungen der Arbeiterschaft, die also sämtlich erfüllt wurden. Der Bergarbeiterverband hat zwar während des Streiks seine Fonds erschöpft, doch wurde er sofort an Mitgliederzahlt wie auch an Macht und Bedeutung wesentlich verstärkt. Die Bekämpfung der Gewerkschaften seitens der Unternehmer hat hier den ersten großen Schlag erlitten, auf den Kohlenförderern sind fast die Gewerkschaften anerkannt. Die Mühlenstandorte in den Kohlengruben sind so himmelsbreit, daß eine Unternehmerkommission, deren Einigung die Mühlenförderer seit Jahren vergebens forderten, diese feststellen kann, was möglichste Weise zur Verbesserung des Schicksals der amerikanischen Bergleute führen wird.

Was verursachte den bedeutenden Sieg, der zu Anfang gar nicht vorausgesehen war? Eine Anzahl Gründe haben zugunsten der Arbeiterschaft entschieden. Sie konnte im Streik so lange durchhalten, bis der Stahlkrisis und die Schwerindustrie nachgeben mußten. In der Eisen- und Stahlindustrie ist nämlich ein außerordentlich großer Ausschluß eingetreten. Bereits vor dem Streik, im 1. Werksejahr d. J., haben die großen Profite erzielt, die neuen Bestellungen häufen sich. Zunächst waren Kohlendörfer für zwei Monate reichlich vorhanden. Bei der Forthärtigkeit des Streiks ist aber die Kohlensförderung der Braunkohlengruben während der Streikperiode auf ein Drittel gesunken und konnte erst später auf die Hälfte der normalen Produktion gehoben werden. Als jedoch ein Teil der Eisenbahner, die Werksdienstleiter, ebenfalls in den Streik getreten sind, ging die infolge von Transportbehinderungen erschwerte Produktion noch weiter zurück. Die Einfuhr fremder Kohle, in erster Linie aus England, ist ebenfalls infolge des Eisenbahnerstreiks erschwert worden, auch sind die amerikanischen Eisenbahnen vorläufig noch für den Transport großer Einfuhrmengen nicht eingerichtet. Hinzu kam noch, daß die wegen des Eisenbahnerstreiks eingeschränkten Transportmöglichkeiten in erster Linie für Nahrungsmitteleinspruch wurden und in einigen Wochen zum größten Teil für die neuen Betriebe hätten bereitgestellt werden müssen. So waren die Eisen- und Stahlunternehmer, welche auf ihre Profite von der aufsteigenden Konjunktur nicht verzichten wollten, in einer Falle, und da sie gleichzeitig Besitzer der Kohlengruben sind, so entklossen sie sich, dem Streik durch Nachgeben ein Ende zu machen. Die Staatsgewalt hat den deutschen Militär zur Verfügung gestellt, dies konnte ihnen jedoch nicht helfen, weil doch zur Kohlensförderung Arbeiter notwendig waren, die aber im Kampfe ausstarben. Die gefährdeten wirtschaftlichen Umstände haben zwar den Sieg ermöglicht, doch ist er in dieser Linie ein Erfolg der Organisation. Der Bergarbeiterverband konnte während des Streiks Zehntausende Unorganisierte gewinnen und führte auch sonst zielbewußt und entschlossen den Kampf. So hat das Organisationsprinzip bei diesem Streik einen Triumph gefeiert!

Knappschäftsliches.

Borchardtschlag beim Brandenburger Knappschäftsverein.

Als wesentlichster Punkt auf der Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 31. Juli 1922 stand der Antrag auf Erhöhung der Teuerungsablagen. Einstimmig ist beschlossen worden, den Inhalten 350 Ml. den Bürgern 300 Ml. den Dienst und Kindern der Inhabern 100 Ml. Teuerungszuschläge zu gewähren. Die erhöhten Ablagen werden vom 1. Juli 1922 ab gezahlt. Die Befürchtungen, bis zu der die Zugaben gezahlt werden, ist von 6000 auf 12000 Ml. erhöht worden. Zur Deckung der entstehenden Kosten werden die Umlagebeiträge vom 31. Juli 1922 ab auf monatlich 5 Ml. für die Arbeitgeber und 3 Ml. für die Arbeitnehmer erhöht. Nach Borchardschlag hat nun mehr der Geschäftsausschuß die Vollmacht, bei Anträgen auf Gründung von Unternehmungen bezügl. Beihilfen bis zum Betrage von 1500 Ml. selbständig zu entscheiden.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

In die Redaktion der Bergarbeiter-Zeitung

Am 1. September der Kamerad Heinrich Limberg eingetreten. Als früherer Bergmann sieht Kamerad Limberg schon seit Jahren in der Arbeiterschaft. In der preußischen Landesversammlung und dem jüngsten Landtag beurteilte er ständig im Hauptausschuss den Bergarbeiter als Berichterstatter. Überhaupt schätzte er nie bei Beratungen von Bergbaufragen. Er gehörte auf alle Beratungen der "Essener Arbeiter-Zeitung" an.

Einen herben Verlust

Erst wieder unsere Zahlstelle. Unter alter Kämpfer Aug. Bägerer hat nun auch seine lechte Hant angegetreten. Längere Zeit ließte er unsere Zahlstelle mit großer Umseit. Als Funktionär wie als Mensch hörte er den heranwachsenden Kämpfern ein leuchtendes Beispiel. Trok Sorgen und Krankheit war er immer zur Stelle, wenn es galt. Säumige Entlohnungen, Indifferenz dem Verbande zuzuführen. Wir ehren ihn und sein Werk am besten, wenn wir uns geben, ihm nachzueifern und nicht ermessen im Kampf gegen Unterdrückung und Reaktion.

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Altenbökum.

Zum 30-jährigen Jubiläum

als Verbandsfunktionär und Knappschäftsältester zuerst wir dem Kameraden Franz Hinsel in Gelsenkirchen die besten Glückwünsche zu. Diesen Glückwünsch bringen wir ihm um so lieber, weil wir wissen, daß er während seiner Tätigkeit als Kämptter die Interessen der Sprengelkameraden stets vertreten hat. Auch erinnern wir uns hierbei der Erinnerungen, die er bei Amtseintritt seines Amtes erlebte. Er läßt sich aber nicht abhalten, für die gute Sache einzutreten. Wir sprechen ihm gleichzeitig auch unsern Dank aus für sein manhaftes Eintreten für unsere Soche und danken ihm noch ein recht langes Malen in seinem Amt. Die Kameraden der Zahlstelle Gelsenkirchen VI.

Die abregeligen HJ-Jahre

Unionistische und kommunistische Trennungen schwanden immer wieder in teils offener, teils verdeckter Form. So im Nachener Revier die Bergarbeiter durch die Verbandsbürokraten vertrieben werden, weil sie mit den Werksdirektoren den Sprengelkameraden die aufständische Schicht ausgeschlossen hatten. Trotz unserer wiederholten Proteste, daß die vorjährige Abschließung gegen den Willen der Bergarbeiter vor der Zahlstelle von den Geilen eingeschoben und von Bergarbeitervertretern verhindert wurde, läßt die angeborene Uneinfühllichkeit die Unionisten und Kommunisten nicht von der Lüge ab. Das Essener "Ruhr-Echo" hat dieses zum wiederholten Mal am 26. August in einer verdeckten Form wieder erzählt. Auf eine Richtigstellung der "Essener Arbeiter-Zeitung" antwortet nun das "Ruhr-Echo", indem es sagt:

Das "Ruhr-Echo" hatte geschrieben, daß im Nachener Bergrevier bereits eine Abschließung bestände. Die "Arbeiter-Zeitung" war die Lüpfche zugegeben.

Ist das eine Antwort? Wenn nein nicht, was man zu dieser Dringenden Rache sagen soll: entweder wissen die Zeitungsfreiber, daß ihr Geschriebel von seinem Menschen gelesen wird, oder nur von solchen, die sie absichtlich belügen lassen. Es ist doch unterschließlich, ob die Geilen gegen den Willen des Verbands der Sprengelkameraden eintraten und die Bergarbeiter fügen sich überflüssiglos, oder ob eine mit den Organisationen vereinbarte vorbereitete Übereinkunft eingeschlossen wurde. Stab unechtlicher ist es, wenn das Gegenteil steht. Die Zeile des "Ruhr-Echo"

Kameraden! Werbt für euren Verband! Kämpft für eure Sache! Leben heißt kämpfen!

Am 29. August brachte das "Ruhr-Echo" eine Zuschrift des Bergarbeiterverbandes, in welcher die illegale Aktion der Belegschaft der Firma Dr. Otto in Dahlhausen gegen die Unorganisierten gezeichnet werden wird. Dort hat man die Unorganisierten gezwungen, sich zu organisieren, d. h. in die freie oder christliche Fabrikarbeiterorganisation einzutreten. Die Bekämpfung der Gewerkschaften seitens der Unternehmer hat hier den ersten großen Schlag erlitten, auf den Kohlenförderern sind fast die Gewerkschaften anerkannt. Die Mühlenstandorte in den Kohlengruben sind so himmelsbreit, daß eine Unternehmerkommission, deren Einigung die Mühlenförderer seit Jahren vergebens forderten, diese feststellen kann, was möglichste Weise zur Verbesserung des Schicksals der amerikanischen Bergleute führen wird.

Was verursachte den bedeutenden Sieg, der zu Anfang gar nicht

vorausgesehen war? Eine Anzahl Gründe haben zugunsten der Arbeiterschaft entschieden.

Sie konnte im Streik so lange durchhalten, bis der Stahlkrisis und die Schwerindustrie nachgeben mußten. In der Eisen- und Stahlindustrie ist nämlich ein außerordentlich großer Ausschluß eingetreten. Bereits vor dem Streik, im 1. Werksejahr d. J., haben die großen Profite erzielt, die neuen Bestellungen häufen sich. Zunächst waren Kohlendörfer für zwei Monate reichlich vorhanden. Bei der Forthärtigkeit des Streiks ist aber die Kohlensförderung der Braunkohlengruben während der Streikperiode auf ein Drittel gesunken und konnte erst später auf die Hälfte der normalen Produktion gehoben werden. Als jedoch ein Teil der Eisenbahner, die Werksdienstleiter, ebenfalls in den Streik getreten sind, ging die infolge von Transportbehinderungen erschwerte Produktion noch weiter zurück. Die Einfuhr fremder Kohle, in erster Linie aus England, ist ebenfalls infolge des Eisenbahnerstreiks erschwert worden, auch sind die amerikanischen Eisenbahnen vorläufig noch für den Transport großer Einfuhrmengen nicht eingerichtet. Hinzu kam noch, daß die wegen des Eisenbahnerstreiks eingeschränkten Transportmöglichkeiten in erster Linie für Nahrungsmitteleinspruch wurden und in einigen Wochen zum größten Teil für die neuen Betriebe hätten bereitgestellt werden müssen. So waren die Eisen- und Stahlunternehmer, welche auf ihre Profite von der aufsteigenden Konjunktur nicht verzichten wollten, in einer Falle, und da sie gleichzeitig Besitzer der Kohlengruben sind, so entklossen sie sich, dem Streik durch Nachgeben ein Ende zu machen. Die Staatsgewalt hat den deutschen Militär zur Verfügung gestellt, dies konnte ihnen jedoch nicht helfen, weil doch zur Kohlensförderung Arbeiter notwendig waren, die aber im Kampfe ausstarben. Die gefährdeten wirtschaftlichen Umstände haben zwar den Sieg ermöglicht, doch ist er in dieser Linie ein Erfolg der Organisation. Der Bergarbeiterverband konnte während des Streiks Zehntausende Unorganisierte gewinnen und führte auch sonst zielbewußt und entschlossen den Kampf. So hat das Organisationsprinzip bei diesem Streik einen Triumph gefeiert!

Wir starten die Jungs fast im Mund,

Um ihren Lohn zu ordnen an:

Erst geküßt, dann gehangen,

Dann gehievt auf heißen Stangen,

Dann verbrannt, dann gebunden,

Und getaut, zuletzt gehunden."

Ich schaute damals schon Herrn Durak richtig ein, dochte aber, daß es nur eine einmalige vorübergehende Absonderung eines an Idiotie leidenden Menschen wäre und sieh ihn laufen. Die Absonderungen Duraks fehlten ihres wieder. In der "Roten Fahne", im "Ruhr-Echo" und anderen kommunistischen Zeitungen führt er immer wieder sein übles Sekret bei Lesern vor. Ich würde auch jetzt noch darauf verzichten, auf Herrn Durak aufmerksam zu machen, denn sein Name und seine Absonderung lassen dies nicht unrichtig erscheinen. In seinem letzten Ergebnis — "Ruhr-Echo" vom 28. Aug. — versucht er jedoch, die freien Gewerkschaften zu beschimpfen, weshalb ich ihm Gehirngeschwulst etwas abbinden will. Er schreibt über die Gewerkschaften und ihre Fehler:

Aber welchen Narren (achte auf dieses Wort, lieber Leser, nachher findest Du die Erklärung), gibt es noch in Deutschland, der glauben würde, daß die handtrote Koalitionsregierung der Gewerkschaften „fürchter“ mit ihrem Birth an der Spitze, „energische Maßnahmen“ ergreifen kann? Sie, die Andgehalter des Stolzes, sollen Maßnahmen gegen Sitte ergriffen?... Die Aktion der Gewerkschaften ist wieder einmal ein Schwund... Die alte, verrottete, arbeitsgemeinschaftliche Gewerkschaftsbürokratie."

Um zu zeigen, daß er — Ivan Durak — auch etwas von der Wirtschaft weiß, schreibt er groß in Fettdruck:

Zwangsläufe, d. h. Stabilisierung der Matz, ist nur möglich bei Erfahrung der Sachwerte, d. h. bei Beginn der Expropriation der Expropriate, bei Konfiskation von Vermögensstücken der Stilfeste, bei Verkaltung des Vermögens durch einen Arbeitersstaat."

Ich brauche mich mit Herrn Durak hier nicht auszuhören zu setzen, brauche nicht auf Rückland zu verweisen, wo die Verwaltung des Vermögens durch einen Arbeitersstaat den Rubel so stabilisiert hat, daß die russischen Arbeiter monatlich Millionen Rubel verdienten und vor Hunger sterben. Das alles braucht nicht, weil die Blute Duraks bestehen, daß er ein Hanswurst ist. Da, er heißt sogar so! Doch davon gleich. Ivan Durak ist auch kein richtiger mit Idealen besetzter Kommunist, sondern einer, wie ihn der Saitzler zeichnet:

Wenn ein Mensch verläuft geworden,

Keiner er sich gern Kommunist —

Schmeißt sich mit dem Sternenorden,

Der von Lenin verliehen ist.

Russisch wird dann sein Gehör,

Stolzotisch ist sein Gehirn.

Eine Mütze aus den Haaren

Des Kamels zieht seine Stirn.

Vor dem Bauche Handgranaten,

Nicht sein Heldentum ihm Spaß.

Niemals wird er uns verraten,

Doch die Hose oftmals naß.

Geld ist seine Lieblingsfarbe,

Wie uns Rück' und Hose lehrt.

Doch wird ja ein Proletar leicht belehrt.

Mittels Brügel leicht belehrt."

Nun wird der Leser verstehen, daß unser deutscher Russ auch einen russischen Namen haben möchte. Wagt Ihr nun, wie Ivan Durak zu seinem Namen gekommen ist? Von russischen Kriegsgefangenen hat er das Wort "Durak" gehört, wie überhaupt in den russischen Sprachen gewöhnlich viele absondernde Ausdrücke zu finden sind. Weil er aber richtig so gut wie eine Kuh sprachlich versteht, konnte er nicht wissen, daß das Wort "Durak" auf deutsch übersetzt heißt: ausgemäst der Karr, Hanswurst, Erdgeist im Kopf. Zbiot! Weil er dieses Wort eben so übermäßig viel von richtigen Russen aussprechen hörte, die es nicht nur — wo es eigentlich nur angebracht ist — benutzen, um tiefe Abscheu über blödmäßige Redensarten auszudrücken, so meinte er hier ein seines Heimatortes gefunden zu haben. Also Durak (d. h. Hanswurst) als Familienname und hierzu den Vornamen Ivan (Johann) vorgesetzt und der Kasacknamen ist fertig.

Ich gönne dem Herrn Johann Sonnenburg seine russischen Namen. Bin auch überzeugt, daß sein Gewerkschafter ihm wegen seines Neglects dem Richter zuführen wird, denn kein Mensch wird eine Klageurkunde ausstellen, die etwa lautet: Ich klage gegen Ivan Karr oder Hanswurst oder Idiot usw. Vor einer Abreise mit ungebrannter Asche ist Ivan auch gesichert, denn niemand wird die Prozeßur vornehmen, es sei denn, daß er über eine Gastrasten verfügt. Stüber.

Monte Carlo berichtet längst weiter.

Die Verwaltung der Zeche Monte Carlo schickte uns wiederum eine Berichtigung an, mit welcher Artigkeit Rotz in Nr. 32 der "Bergarbeiter-Ztg." entkräftet werden soll. Wir haben damals die Auszeichnungen einiger Betriebsauszugsmitglieder wieder, nach denen in Bremsbergen und Brunsbüttel teilweise keine Wasserleitung, teils kein Wasser vorhanden ist. Wiederholt wurden brennend heiße oder sehr heiße Teilscheiben vorgefunden, ohne daß Wasser zur Kühlung vorliegen sollte. Wir fehnen die Auszeichnung der Berichtigung ab, weil sie nicht dem Preisgeiste entspricht und weil sie unwahr ist. Die Zeche hat berichtigt, daß bei der Besatzung Wasserschäden und Wasserdurchlässen vorgefunden seien. Auch wird in der Berichtigung der Zeche aus Gründen von Wasserleitungen viel mehr getan ist, als die Vorwürfe verlangen. Mit dieser Demagogie will die Zeche Gewerkschaftskommission hat an den Betriebsleitern das Gegenteil gespielt. So viel genau hat die Zeche dort, wo keine Wasserleitung notwendig war. An der Strandstelle die Wasser zum Betrieb.

Die oben angeführten von Auszugsmitgliedern festgestellten Tat-

sachen verfuhr die Zeche nicht einmal zu berichtigungen oder zu verbrechen.

Der Kritik bestreitet, braucht sie nicht nicht?" Die Gewerkschaft

Eine "Rano"-Berichtigung.

In Nr. 34 der "Bergarbeiter-Ztg." veröffentlichten wir unter der Überschrift: "Nochmals Offiziere im Bergbau" ein (wir wiederholen wörtlich aus Nr. 34) Rundschreiben der "Rano" (Reichsarbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Offiziere?) an die Belegschaften. In diesem Rundschreiben werden die Belegschaften aufgefordert, die verschaffte Unterstützung von 50 bis 80 Pf. je Kopf der Belegschaft an die "Rano" zu zahlen. Unter Hinweis auf Neubefestigungen an Stellen wird weiter gesagt: "Ein großer Teil von ehemaligen Offizieren ist noch in sehr untergeordneten Stellungen untergebracht."

Wir protestieren gegen die geldliche Zuwendung an eine Organisation, die, wie aus dem Rundschreiben hervorging, sich im wesentlichsten der Offiziere annimmt. Wir sind zu diesem Protest bereitigt, weil das Geld, mit dem die Belegschaften herumverkehren, durch Kohlenpreise ausgebracht werden muss. Infolge unserer Kritik sendet uns nun diese "Rano" eine "Berichtigung" unter Hinweis auf den § 11 des Preßgesetzes zu. Darauf verzichten jedoch wir und nicht die "Rano" über den Raum unserer Zeitung. Weil der Berichtigungsparagraph ungünstigerweise eben die Nr. 11 trägt, sollten Berichtigter doch nicht denken, daß sie alle Mögliche und Unmöglichkeits schreiben können. So wollte es der Gewerkschaft nicht.

"Rano" heißt "Reichs-Arbeits-Nachrichten". Seit wann besteht die "Rano" nicht mehr als Gewerkschaft? Seit wann hat man sie umgetauft: seit dem Kapp-Putsch, Erzberger- oder Rathenauunruhe? Die Berichtigter haben ferner zu sagen verfügen, daß "Rano" zum mindesten eine gelebte Organisation ist; sie schweigen über die Unterstützung durch die Belegschaften in allen Sprachen. Eine Gesellschaft, die sich in mehreren über die Welt verstreut hat, kann nicht ohne Gewerkschaften bestehen.

Das ist alles, was uns in der Berichtigung interessiert. Das weiter noch gesagt und ergänzt wird, ist Trivialrum. Die Berichtigter haben zu sagen verfügen, daß "Rano" früher anders hieß, nämlich "Reichsarbeitsschaukunst für Offiziere". Seit wann hat man sie umgetauft: seit dem Kapp-Putsch, Erzberger- oder Rathenauunruhe? Die Berichtigter haben ferner zu sagen verfügen, daß "Rano" zum mindesten eine gelebte Organisation ist; sie schweigen über die Unterstützung durch die Belegschaften in allen Sprachen.

Wir protestieren gegen die geldliche Zuwendung an eine Organisation, die, wie aus dem Rundschreiben hervorging, sich im wesentlichsten der Offiziere annimmt. Es ist eine faulische Unwahrheit! zur Unterbringung kriegsverletzter Heeresangehöriger und ausscheidender Schuppoldizibitzen. Ist eine dem Arbeiterschaukunstgesetz vom 13. Juli 1922 entsprechende gemeinsame Arbeitsvermittelungseinrichtung, die in engster Führung mit den zuständigen Regierungsstellen des Reiches und der Länder arbeitet.

Das ist alles, was uns in der Berichtigung interessiert. Das weiter noch